

Änderung der Satzung

Antrag:

Die DeGöB benennt sich in „Deutsche Gesellschaft für sozioökonomische Bildung e.V.“ um.

Begründung:

1. Im Rahmen der persönlichkeitsbildenden Allgemeinbildung sollen die Jugendlichen grundlegende Kenntnisse erwerben über
 - die Bedeutung der Wirtschaft i. w. S. (des Wirtschafts- und Beschäftigungssystems, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der sozialen Sicherungssysteme) für die Persönlichkeitsbildung,
 - ihre Handlungsmöglichkeiten in der Wirtschaft und
 - ihre Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns mit zu gestalten,.

Die Persönlichkeitsentwürfe, Wert- und Handlungsorientierungen der Individuen richten sich in der Wirtschaft bekanntlich nicht nur auf ökonomische Ziele und Größen sowie deren Maximierung oder Optimierung. Selbstverwirklichung ist ein wesentliches Ziel bei der Wahl des Berufs, der Berufsausbildung und des Betriebs sowie im Arbeitshandeln. So relativiert oder dominiert z. B. der Wunsch, die eigenen Fähigkeiten und Interessen zu entwickeln oder eine gesellschaftlich wertvolle Tätigkeit auszuüben häufig ökonomische Zielsetzungen. Wertvorstellungen und Handlungsorientierungen wie soziale Verantwortung und Solidarität oder Erhaltung der Umwelt schlagen sich nicht nur in der Berufswahl, sondern auch im Konsumverhalten (z.B. beim Kauf von Fair Trade und ökologischen Produkten), bei wertekonformer Geldanlage (z.B. in Ökofonds und „politisch korrekten“ Geldanlagen), im Engagement in Bürgerinitiativen und Wirtschaftsorganisationen (z.B. Attac, Gewerkschaften) und im politischen Wahlverhalten nieder.

Aufgabe einer persönlichkeitsbildenden wirtschaftlichen Bildung ist es, Realisierungsmöglichkeiten für das Spektrum der verschiedenen Lebensentwürfe und Handlungsorientierungen in der Wirtschaft sowie Zielkonflikte aufzuzeigen und zu analysieren.

Um die Jugendlichen zu einer informierten und gesellschaftlich verantwortlichen Mitgestaltung der Rahmenbedingungen des Handelns in der Wirtschaft zu qualifizieren, genügt es nicht, lediglich ökonomische Zusammenhänge im Unterricht zu behandeln. Die Beurteilung der bestehenden Rahmenbedingungen und möglicher Alternativen

muss unter allgemeinbildender Fragestellung auch deren Auswirkungen auf die Realisierungsbedingungen der verschiedenen Wertvorstellungen, Handlungsorientierungen und Interessen der Individuen einbeziehen. Stets müssen die subjektiven und gesellschaftlichen Implikationen von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mitbehandelt werden.

Zum angemessenen Verständnis der Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns und insbesondere ihrer Veränderbarkeit gehört ferner, dass sie nicht nur als Ausdruck ökonomischer Handlungszusammenhänge verstanden werden. Sie sind auch Ausdruck konkurrierender Wertvorstellungen und Interessen in der Gesellschaft sowie der bestehenden und sich wandelnden gesellschaftlichen Interessen- und Machtstrukturen.

Demzufolge sind im Unterricht auch Kriterien und Prinzipien für die Beurteilung konkurrierender Interessen und Wertvorstellungen in der Wirtschaft zu begründen und zu analysieren.

Auch wenn ökonomische Fragestellungen und Zusammenhänge zentral sind, muss eine allgemeinbildende wirtschaftliche Bildung – im Gegensatz zu einer berufsausbildenden – der Komplexität der Lebensentwürfe und Handlungsorientierungen der Individuen in der Wirtschaft sowie der Komplexität der Rahmenbedingungen dieses Handelns und von deren Gestaltbarkeit Rechnung tragen.

Die DeGöB sollte ihre allgemeinbildende Ausrichtung unmissverständlich durch die beantragte Umbenennung zum Ausdruck bringen. Damit könnten viele Fehlinterpretationen und Widerstände (vgl. 3.) gegen eine wirtschaftliche Bildung in der allgemeinbildenden Schule vermieden bzw. reduziert werden.

2. In der Bildungspolitik dominiert diese allgemeinbildende, sozioökonomische Auffassung der wirtschaftlichen Bildung. Abzulesen ist das an den Lehrplänen: Unter dem Inhaltsschwerpunkt Wirtschaft werden Themen bzw. Inhalte angeführt wie z. B. individuelle und gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit, Berufswegplanung als Lebenswegplanung, Berufswahlkriterien, Wandel von Qualifikationsanforderungen und ihre Bedeutung für die Individuen, Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Arbeitsvertrag, Betriebsverfassung und Tarifvertrag, Interessenwahrnehmung durch Gewerkschaften und Mitbestimmung, soziale und ökologische Verantwortung von Betrieben, gerechter Lohn, gerechte Einkommensverteilung, subjektive und gesellschaftliche Bedeutung von (Jugend)arbeitslosigkeit, Möglichkeiten und Grenzen sozialer Sicherung, gesellschaftliche Solidarität und Eigenverantwortung, Industriestaaten und Dritte Welt.

Bei dieser bildungspolitischen Sachlage hat die Forderung nach einem eigenständigen Unterrichts- und Studienfach Wirtschaft nur dann eine Realisierungschance, wenn sie mit einem klaren Bekenntnis zu der allgemeinbildenden Aufgabe des Fachs und zu einem dazu qualifizierenden sozioökonomischen Studium verbunden ist. Mit der Umbenennung in Gesellschaft für sozioökonomische Bildung würde dies geschehen.

3. Gegner einer wirtschaftlichen Bildung in den allgemeinbildenden Schulen werfen den Hochschulvertretern der wirtschaftlichen Bildung häufig vor, sie strebten lediglich die Vermittlung wirtschaftswissenschaftlicher, überwiegend sogar nur volkswirtschaftlicher Grundkenntnisse an und würden die persönlichkeitsrelevanten und gesellschaftli-

chen Implikationen der Wirtschaft weitgehend ausblenden, ihnen schwebte eine fachwissenschaftliche Abbilddidaktik, nicht aber eine allgemeinbildende wirtschaftliche Bildung vor, schlimmer noch: sie würden die Modellannahmen des homo oeconomicus zur Bildungsnorm und damit zum entscheidenden Beurteilungskriterium für die Handlungen der Individuen sowie für die Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns erheben und letztlich die Verbreitung von Ideologien betreiben, die der Legitimierung von Kapitalinteressen und einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik dienen. Diese Ideologien sollten sowohl von Schülern wie Studierenden ferngehalten werden.

Mit derartigen Argumenten versuch(t)en Politikdidaktiker z. T. durchaus erfolgreich die Bereitstellung von Professuren an gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen (die i. d. R. für das Studium von „Politik und Wirtschaft“ zuständig sind) für die wissenschaftliche Qualifizierung der Studierenden für die Wirtschaftsthemen im Unterricht zu verhindern.

Diesen Kritiken und personalpolitischen Strategien an den Hochschulen wird die argumentative Basis entzogen, wenn die Wirtschaftsdidaktiker sich explizit für eine allgemeinbildende, sozioökonomischen Bildung aussprechen und dies öffentlichkeitswirksam durch die entsprechende Umbenennung ihrer Fachgesellschaft zum Ausdruck bringen.

Denn auch die Gegner der ökonomischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen können z.B. nicht abstreiten, dass Beruf, Erwerbsarbeit und ausreichendes Einkommen wesentliche Grundlage für die Persönlichkeitsentwicklung sind und dass zur Sicherung der individuellen, betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen dieser Grundlage die Individuen z. B. bei der Berufswahl, bei der Auswahl eines Betriebes/Arbeitgebers, als Arbeitnehmer, Gewerkschaftsmitglied oder für ihre politische Mitgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik über die grundlegenden wirtschaftlichen Kenntnisse verfügen sollten, die dafür erforderlich sind.